

Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

Termin für die zweite Runde der Kommunalwahlen

Die mehrmals verschobene zweite Runde der Kommunalwahlen soll jetzt am 28. Juni abgehalten werden. Darauf haben sich Regierung, Nationale Wahlkommission und andere politische Akteure nach schwierigen Verhandlungen geeinigt. Erst Mitte Juni hatte Ministerpräsident Deuba bei der Wahlkommission erneut wegen einer Verschiebung des Wahltermins angefragt, weil er sich durch Boykott- und Gewaltandrohungen seitens der im Terai ansässigen *Rastriya Janata Party Nepal* (RJPN) unter Druck gesetzt fühlte. Eine erneute Verschiebung hätte nach Aussage des Leiters der Nationalen Wahlkommission Ayodhi Prasad Yadav ein „politisches und wahlpolitisches Desaster“ bedeutet. Yadav habe versichert, die Wahlkommission sei zur Durchführung der zweiten Runde bereit, und das Innenministerium würde für die notwendige Sicherheit sorgen. Inzwischen wurde mit der RJPN ein Kompromiss ausgehandelt, der vorsieht, dass die zweite Wahlrunde in den Provinzen 1, 5, und 7 am 28. Juni 2017 stattfinden soll, während die Wahlen in der Terai-Provinz ein weiteres Mal verschoben werden sollen. Die RJPN kämpft für eine Verfassungsänderung zwecks Gestaltung der Provinzgrenzen, Sprache und Staatsbürgerschaft. Die Regierungskoalition hat bereits entsprechende Zugeständnisse gemacht, die allerdings von der wichtigsten Oppositionspartei CPN-UML abgelehnt werden.

Ergebnisse einer Armutsstudie

Eine von der Regierung beauftragte Armutsstudie hat ergeben, dass fast 400.000 Haushalte in den in der ersten Phase untersuchten 25 Distrikten nach den zugrunde gelegten Kriterien „arm“ sind. Es handelt sich um die Distrikte Bhojpur, Khotang, Siraha, Sindhuli, Ramechhap, Rautahat, Gorkha, Tanahun, Baglung, Kapilvastu, Arghakhanchi, Pyuthan, Rolpa, Rukum, Bardiya, Jajarkot, Dolpa, Jumla, Kalikot, Mugu, Humla, Bajura, Bajhang, Achham und Kailali. „Wir haben 18 Indikatoren verwendet, darunter Eigentumsverhältnisse, Struktur und Beschaffenheit des Hauses, Energieträger und Brennmaterial zum Kochen, Wasser und sanitäre Einrichtungen, Haushaltsgröße sowie ethnische Zugehörigkeit, um die

jeweilige Armutsstufe zu berechnen“, teilte Ram Hari Gaihre, Sprecher des für die Durchführung der Studie verantwortlichen *Poor Household Support Coordination Board Secretariat* mit.

Das Sekretariat war 2012 von der Regierung mit dem Auftrag eingerichtet worden, arme Haushalte zu identifizieren. Es hatte zunächst von insgesamt 1.240.350 Haushalten 356.418 als „arm“ klassifiziert und die Listen in den Büros der *District Development Committees* (DDC) und *Village Development Committees* (VDC) ausgehängt. Aufgrund von Beschwerden waren diese Listen überprüft und überarbeitet worden, sodass sich eine Gesamtzahl von 391.831 als arm klassifizierten Haushalten ergab. Darunter wurden 188.235 Haushalte als extrem arm, 119.748 als mittelarm und 83.848 Haushalte als generell arm eingestuft. Auf der Grundlage dieser Einteilungen können die Haushalte bestimmte soziale Hilfen, Zuschüsse und Vergünstigungen wie Stipendien, Gesundheitspässe und ähnliches erhalten.

Sher Bahadur Deuba wird erneut Ministerpräsident

Anfang Juni wurde der Vorsitzende der *Nepali Congress* (NC) Partei, Sher Bahadur Deuba, als alleiniger Kandidat zum 40. Ministerpräsidenten Nepals gewählt. Deuba erhielt 388 von 593 Stimmen im Parlament; 170 Parlamentarier stimmten gegen ihn. Deuba erhielt Unterstützung durch die Abgeordneten seiner eigenen *Nepali Congress* Partei, *Communist Party Nepal* (CPN; Maoist Center), *Rastriya Prajatantra Party*, *Federal Socialist Forum Nepal*, *Rastriya Janata Party* und *Forum Loktantrik*. Abgeordnete der CPN-UML, *Nepal Workers and Peasants Party*, *Rastriya Janamorcha* und *Nepal Pariwar Dal* stimmten gegen Deuba. Die Wahlen waren erforderlich geworden, nachdem der Vorgänger Deubas, Maoistenchef Pushpa Kamal Dahal, am 24. Mai im Rahmen einer zuvor mit der *Nepali Congress* Partei getroffenen Übereinkunft zurückgetreten war. Präsidentin Bhandari hatte daraufhin die Parteien aufgefordert, innerhalb von sieben Tagen einen neuen Ministerpräsidenten auf der Grundlage einer einfachen Mehrheitsentscheidung zu wählen. Deuba, Jahrgang 1946, war zuvor bereits dreimal Ministerpräsident Nepals gewesen, von 1995 bis 1997, von 2001 bis 2002 und von 2004 bis 2005.

Im Jahr 2016 war er auf der Generalversammlung der *Nepali Congress* Partei mit über 60 Prozent der Stimmen zum Parteivorsitzenden gewählt worden. Deuba kommt ursprünglich aus dem Dadeldhura-Distrikt in Westnepal. Er wurde 1994 parlamentarischer Oppositionsführer des *Nepali Congress* und organisierte die Straßenproteste gegen die CPN-UML-geführte Regierung unter Man Mohan Adhikari.

Haushaltshilfen weitgehend schutzlos

Hausangestellte und Haushaltshilfen zählen in Nepal zu den am wenigsten geschützten Berufen. Sie arbeiten zumeist in prekären Arbeitsverhältnissen, ohne vertragliche Absicherung, feste Arbeitszeiten und rechtlichen Schutz vor Missbrauch. Dem sollen die *Civil Code Amendment Bill* und die *Labour Act Amendment Bill* Einhalt gebieten. Zwei Gesetzesvorlagen, die neue Bestimmungen zur Sicherung der Rechte von Haushaltshilfen beinhaltet. Beide Entwürfe müssen allerdings noch vom Parlament verabschiedet werden, um rechtskräftig zu werden. Im bisher gültigen *Labour Act-1992* sind informelle Haushaltshilfen als „Arbeiter“ gar nicht definiert und erfasst. Dies soll nun durch die *Labour Act Amendment Bill* geändert werden. Laut Entwurf sind Haushaltshilfen zukünftig als formelle Arbeitsfachgruppe anzusehen. Andererseits erlaubt Klausel 88 (3) dem Arbeitgeber, vom Arbeitslohn einen bestimmten Betrag für Unterkunft und Essen vom Lohn abzuziehen. Angesichts der Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse führt dies leicht zu Willkür, Missbrauch und Übergriffen. Daher bietet die *General Federation of Nepalese Trade Unions* (GEFONT) spezielle Kurse an, in denen Hausangestellte und -hilfen über ihre Rechte aufgeklärt werden. Für einen Achtstundentag bei sechs Tagen Arbeit pro Woche veranschlagt die GEFONT einen Mindestlohn von 9.700 Rupien im Monat (rund 84 Euro). In Nepal gibt es nach GEFONT-Schätzung 200.000 Haushaltshilfen. Nepal hat die *Domestic Workers Convention 189* der *International Labour Organization* (ILO) unterzeichnet und sich damit verpflichtet, faire Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die Realität im Land ist allerdings weit von den darin formulierten Ansprüchen und Selbstverpflichtungen entfernt.

Schüler ohne Schulbücher

Erneut hat es im Rupandehi-Distrikt Probleme bei der Bereitstellung von Schulbüchern gegeben. Viele der insgesamt 202.000 Schüler/-innen mussten

auch vier Monate nach Beginn des Schuljahrs ohne Schulbücher auskommen. Sie besuchen in Rupandehi zusammen mit anderen Schüler/innen 123.756 Gemeindeschulen (*Community Schools*), 70.361 private und 8.607 religiöse Schulen. Während die Schulbücher der Grundschulklassen 1 bis 5 rechtzeitig bereitgestellt werden konnten, fehlten vor allem die Textbücher der Klassen 6 bis 10. Von 62.234 Schüler(inne)n dieser Klassenstufen mussten etwa 35.000 ohne Bücher in den Fächern Englisch, Nepali, Mathematik und Gemeinschaftskunde auskommen. Laut Hari Aryal, Präsident der *Nepal Books and Stationary Entrepreneurship Federation* sind dies nur 45 Prozent des tatsächlichen Bedarfs. „Dieses Problem tritt jedes Jahr auf, doch die Regierung scheint nicht ernsthaft an einer Lösung zu arbeiten.“

Umweltbelastung als Gesundheitsrisiko

Luftverschmutzung ist vor allem in rasch sich ausbreitenden städtischen Gebieten eine der größten Gesundheitsgefahren. Entsprechende Warnungen enthält ein vor kurzem veröffentlichter Bericht mit dem Titel: „Inklusive Städte – belastbare Gemeinden.“ Die Regierung hat einige Richtlinien und Programme auf den Weg gebracht, die die Luftqualität erhöhen und die Risiken mindern sollen. Der Bericht hält fest: „Es mangelt an strategischer Überwachung der Luftqualität, Infrastruktur und Technologie, und das Konzept eines Managementsystems für Luftqualität ist in den nationalen Richtlinien noch nicht angemessen verankert. (...) Die effektivste Maßnahme zur Verbesserung der Luftqualität in Nepal ist die Verminderung des Schadstoffausstoßes von Fahrzeugen im Straßenverkehr. (...) Der Ausbau von Elektromobilität und des nicht-motorisierten Transports müssen in Zukunft eine größere Rolle spielen als bisher. (...) Auch eine Wiederbelebung des Omnibus-Systems ist eine Option zur Verbesserung der Luftqualität.“ Der Bericht weist auf die besonderen Gefahren durch die von Dieselmotoren verursachte Feinstaubbelastung hin. Als weitere Maßnahmen schlägt der Bericht die Umsiedelung von Zementfabriken und Ziegeleien aus den städtischen Ballungsräumen in Randgebiete sowie die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes im Winter und während der trockenen Jahreszeiten vor.

Massive Finanzhilfe für Infrastruktur- und Energieprojekte angekündigt

Die *Asian Infrastructure Investment Bank* (AIIB) hat massive Finanzhilfen für sechs geplante

Großprojekte im Infrastruktur- und Energiebereich angekündigt. Diese Entscheidung gab AIIB Mitte Juni anlässlich des Besuchs einer nepalischen Delegation unter Leitung von Finanzminister Gyanendra Bahadur Karki in Jeju, Südkorea, bekannt. Die von China geführte Bank wird Investitionen in Höhe von 10 Mrd. Rupien (knapp 87 Mio. Euro) in die Verbesserung der Stromverteilungssysteme investieren. Außerdem sollen 28 Mrd. Rupien (rund 243 Mio. Euro) für urbane Planung und Wohnraumentwicklung bereitgestellt werden. Diese Maßnahmen sollen sich vorerst auf sieben von insgesamt 22 Distrikten im Terai konzentrieren. Die nepalische Regierung ist in diesem Haushaltsjahr an beiden Vorhaben mit jeweils 500 Mio. Rupien (4,35 Mio. Euro) beteiligt. Wie Finanzminister Karki mitteilte, will die AIIB auch die Tunnelstraße von Samakhusi in Kathmandu nach Chhahare in Nuwakot Distrikt mit 26 Mrd. (226 Mio. Euro) finanziell unterstützen, sowie 16 Mrd. (knapp 140 Mio. Euro) für den Ausbau der Pokhara-Jomsom-Straße bereitstellen. Dadurch soll die Verbindung mit China verbessert werden. Ferner hat die Bank angekündigt, weitere 20 Mrd. (174 Mio. Euro) in das 93 MW Sharada-Babai-Wasserkraftwerk sowie 18 Mrd. (156,5 Mio. Euro) in das 87 MW Tamakoshi-Wasserkraftwerk (Fifth) zu investieren.

Kennzahlen der nepalischen Ölgesellschaft

Die staatliche Ölgesellschaft *Nepal Oil Corporation* (NOC) hat nach Angaben ihres Direktors Nagnendra Jha in den ersten elf Monaten des laufenden Haushaltsjahrs 36 Mrd. Rupien (knapp 313 Mio. Euro) Steuereinnahmen an den Staat gezahlt, unter anderem in Form der Mehrwertsteuer (VAT), für den Import von Benzin, Diesel, Kerosin, Flugbenzin (AFT) und Flüssiggas. Die NOC führte knapp 9 Mrd. Rupien (78 Mio. Euro) an Zollgebühren, 3,5 Mrd. Rupien (30,4 Mio. Euro) für Gebühren zum Straßenerhalt, 70 Mio. (608.542 Euro) als Umweltsteuer und 13 Mrd. (113 Mio. Euro) als VAT ab. Darüber hinaus wurden den Verbraucher/-innen Kosten für den Bau des *Budhigandaki Hydroelectricity Project*, einem 1200 MW Wasserkraftwerk, in Rechnung gestellt. Auf jeden Liter Benzin und Diesel entfallen zusätzliche fünf Rupien als Infrastruktursteuer für das *Budhigandaki Hydroelectricity Project*. Die Konsument(inn)en zahlen insgesamt auf niedrige Grundpreise über 100 Prozent Steuern. Trotz all dieser Steuern liegen die Preise für unterschiedliche Petroleumprodukte nach Auskunft der NOC unter den Preisen in Indien.

Schlampiger Wiederaufbau nach Erdbeben

Zehntausende Überlebende der beiden Erdbeben von 2015 müssen weitere Schäden bei zukünftigen Erdbeben fürchten. Etwa ein Drittel der neu gebauten Häuser entsprechen nicht den Vorschriften für erdbebensicheres Bauen, teilte der Leiter der Nationalen Behörde für Wiederaufbau, Govind Raj Pokharel, vor kurzem mit. Fast eine Million Häuser waren infolge des Erdbebens der Stärke 7,8 am 25. April 2015 sowie vielfacher Nachbeben zerstört oder baufällig geworden. Fast 9000 Menschen wurden getötet, Hunderttausende obdachlos. Bis Ende April 2017 waren etwa 100.000 Häuser neu gebaut worden. Der errechnete Bedarf lag bei 525.000 weiteren Häusern. „Wir planen die Häuser in Übereinstimmung mit den bestehenden Richtlinien und versuchen, besondere Sicherheitsmaßnahmen und -nachsicherungen einzubeziehen“, erklärte Pokharel. Allerdings seien all diese Maßnahmen aufwendig und teuer. Pokharel schätzt, dass 33.000 der neu gebauten Häuser ohne die notwendigen Konstruktionsverstärkungen gebaut worden sind, und beim nächsten schweren Erdbeben erneut kollabieren könnten.

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags in Nepal

Vom 9. bis 11. April bereiste die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Claudia Roth, Nepal und sprach sich auf einer Pressekonferenz in Kathmandu dafür aus, dass Nepal keine weiteren Arbeitsmigrant(inn)en auf Großbaustellen in Qatar schicken sollte, solange dort das ausbeuterische *Kafala*-System herrsche. Vielmehr sollte die Regierung darauf dringen, dass die Golfstaaten sich an die Bestimmungen der Internationalen Arbeitsorganisation halten. „Ich habe diesen Punkt in meinen Treffen mit Regierungsvertretern angesprochen, um auf die sklavenähnlichen Bedingungen aufmerksam zu machen, die auf vielen Baustellen in der Golfregion nach wie vor herrschen, und entsprechende Änderungen angemahnt.“ Roth traf sich mit der Präsidentin Bidhya Devi Bhandari und dem Parlamentssprecher Onsari Gharti und führte weitere Gespräche mit Parlamentarier(inne)n und Vertreter/-innen der Zivilgesellschaft.

Das *Kafala*-System ist ein repressives System zur Überwachung von Arbeitsmigrant(inn)en, die in den Golfstaaten und einigen westasiatischen Staaten vor allem im Bauwesen und als Haushaltshilfen arbeiten.